Menschenrechtler kritisieren muslimisches Namensverbot in China

26. April 2017

New York (KNA) Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) hat das Verbot muslimischer Vornamen durch die chinesische Regierung scharf kritisiert.

Dies sei eine „absurde Restriktion“, hieß es in einer am Montagabend in New York veröffentlichten Stellungnahme. Die elterliche Wahl des Vornamens sei eine sehr private Entscheidung, in die sich der Staat nicht einmischen dürfe. Medien hatten zuvor berichtet, Peking habe den rund zehn Millionen muslimischen Uiguren in der nördlichen Provinz Xinjiang die Vergabe religiöser Namen an Neugeborene verboten mit der Begründung, diese könnten „religiösen Eifer“ heraufbeschwören.

Für Kinder mit entsprechenden Namen werde der Staat künftig keine amtliche Meldebestätigung mehr eintragen, die zum Besuch öffentlicher Schulen und die Inanspruchnahme sozialer Dienste erforderlich ist. Das Verbot ist das jüngste einer Reihe ähnlicher islamfeindlicher Beschränkungen. Anfang April hatte die Regierung unter anderem das Tragen des islamischen Kopftuchs und langer Bärte untersagt.

Peking begründete dies mit dem Kampf gegen islamischen Terrorismus und Extremismus. Menschenrechtler werfen der chinesischen Regierung dagegen vor, die Angst vor religiöser Radikalisierung als Vorwand für eine rigide kulturelle Unterwerfungspolitik gegenüber den Uiguren zu instrumentalisieren.

(KNA – rkomp-89-00111)

Stand: 27. November 2026